



„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint morgen früh um 6 Uhr, Sonntag um 7 Uhr, in der Ausgabe „Der Welt-Spiegel“, unter dem Titel „Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung“. Der „Welt-Spiegel“ ist eine internationale Zeitung, die in 10 Sprachen erscheint. Der „Berliner Tageblatt“ ist eine deutsche Zeitung, die in 10 Sprachen erscheint. Der „Handels-Zeitung“ ist eine deutsche Zeitung, die in 10 Sprachen erscheint.

Abonnement-Preise: Ein Jahr 10 Mark, halbes Jahr 5 Mark, Vierteljahr 2 Mark 50 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 599. 41. Jahrgang. und Handels-Zeitung. Sonntag 24. November 1912

Berechnungen der österreichischen Militärs

Die Wiener Offiziere sahen fort, von der Entschlüsselung zu sprechen, die jetzt gekommen sei, und das österreichisch-ungarische „Kriegsblatt“ erinnerte an eine Berechnung vom Jahre 1909, wonach über 700.000 Mann in der österreichisch-ungarischen Armee standen. Die Wiener Offiziere erklärten dagegen fortgesetzt alle offiziellen Nachrichten für ungläubhaft, und die „Kriegs-Zeitung“ veröffentlichte in einem inspirierten Berliner Telegramm, die Entschlüsselung Russlands in der Kriegszeit sei gerade in den letzten Tagen „freundlicher für Österreich“ geworden und Russland sei der von Serbien gewünschte Aufstellung Albaniens durchaus abgeneigt. Der Widerspruch zwischen den Behauptungen und Aufstellungen in Wien und in Berlin ist, wie man sieht, beträchtlich, und die in Berlin demagogische Ruhe kontrahiert mit der erregten Stimmung, die heute bei unseren Freunden und Verbündeten an der Donau herrscht. Obgleich dort ansehender besonders die militärischen Kreise, mit dem Hinweis auf die angeblich jetzt günstige Situation, zu schnellen Entschlüssen drängen, darf man annehmen und hoffen, daß alles sich friedlich erledigen wird, und daß sich besonders dann glatte Verständigungen finden, wenn der Berliner Offizier sich über die Ansehen und Absichten Russlands nicht täuscht. In einem solchen, ein klein wenig sorgenvoller klingenden Telegramm aus derselben Stelle wird Russland freundlichst um beiderseitige Erklärungen ersucht, und gleichzeitig wird den beiden Erwägungen, die in Bulgarien jetzt Platz greifen haben, Erwähnung getan. Die Frage, ob man der Türkei Zugeständnisse machen, oder ob man den durch die Tscharatdshaschne neu beginnen soll, ist noch ungeklärt. Der König und wohl auch das Volk wünschen ersichtlich, trotz aller zur Schau getragenen Entschlossenheit, die Beendigung des furchtbaren Krieges herbei, und nur ein Bericht aus Adrianopel wird unter allen Umständen abgewartet. Gerade an Adrianopel aber hängt das türkische Schicksal, und so kommen die unzufriedenen Verhandlungen, die gegenwärtig geführt werden, nicht vom Friede. Die Hauptursachen der albanischen Situation werden hinsichtlich der Unabhängigkeit Albaniens proklamiert, und auch der König, der sich als zukünftiger Herrscher von Albanien erklärt, trifft zu dieser Gelegenheit ein. Da keine Großmacht etwas einzuwenden hat, ist der neuen Ordnung der Balkan Europas gewiß. Die Schwierigkeit wird erst dann beginnen, wenn man die Grenzen des albanischen Fürstentums näher bestimmen wird.

Die Furcht vor der „verfürmten Gelegenheit“.

Die Gegensätze in der Konferenzfrage.
(Privat-Telegramm.)

Wien, 23. November.
Militärische Kreise drängen auf eine rasche Beilegung des albanischen Konflikts, da die Lage Serbiens militärisch die denkbar ungünstigste sei. Der Adrianopel befinden sich sehr unzufrieden, daß die albanische Regierung, wenn Österreich auf eine Entscheidung dränge, müsse dies auch auf Bulgarien wirken, da für den Fall des österreichisch-serbischen Krieges durch den Abzug der serbischen Truppen von Adrianopel die Bulgaren dort wie bei Tscharatdshaschne wären. Aus diesen Gründen ist es möglich, daß die österreichische Diplomatie die Serbenfrage forcire, um sich nicht den Vorwurf zu ziehen, „wieder eine Gelegenheit veräußert zu haben“. Ein französischer Diplomat bezeichnet es mir als möglich, daß Frankreich demnach offiziell mit der Konferenz abgelehnt werden werde. Serbiens Antwort an Österreich dürfte dahin gehen, daß die albanische Frage gemeinsam mit den anderen Fragen zu lösen sei, an denen die Großmächte interessiert seien, wie etwa die der Internationalisierung Saloniks. Das wäre gleichfalls ein Hinweis auf eine Konferenz, auf die Österreich nicht gehen wollte, während die Tripleallianz auf die albanische Frage nur auf einer Konferenz lösen würde. Es mißfällt deutlich genug werden, daß ein heute der Gegenstand zwischen den Mächten liegt.

Die Einführung der Militärgesetze in Österreich.

Eine offizielle Darstellung.

Die in unserem geliebten Abendblatt gemeldete Einführung der Militärgesetze in Österreich wird nunmehr offiziell in einem Telegramm aus Budapest in folgender Form bekanntgegeben:

Budapest, 23. November.
Da in den letzten Mitteilungen über angebliche Truppenbewegungen erschienen, wird das Kriegsblatt morgen das seit dem 20. März 1909 bestehende Verbot wiederholen, daß keine Veröffentlichungen über Truppenbewegungen, über den Zustand von Festungen und befestigten Orten, über die Vorräte von Waffen und Munition, über Kriegsrüstungen und über den Bestand an Lebensmitteln im Sinne des Gesetzes von 1878 mit Gefängnis oder Geldstrafe geahndet werden.

Anlässe, dieses Verbot zu wiederholen, haben allerdings schon wiederholt bestanden, ohne daß die Regierung in dieser Form eingegriffen hätte.

Die Zurückdrängung der Bulgaren auf der Tscharatdshaschne.

(Telegramm unseres zur türkischen Armee entsandten Spezialkorrespondenten.)

zw. Keflepa-Schahis (Tscharatdshaschne), 22. November 6 Uhr abends.
(eingetroffen über Konstantinopel 23. November.)
Die Bulgaren haben sich auf der ganzen Linie zurückgezogen und die Tscharatdshaschne gesammelt. Jetzt herrscht völliger Stillstand des Gefechts, auch gestern und heute sind nur ganz vereinzelte Schiffe abgegeben worden. Die Gholera ist im weiteren Vorwärtsschreiten begriffen.

VA Paris, 23. November. (Privat-Telegramm.)
Pariser Blätter bringen folgende Meldung aus Konstantinopel, die unter Vorbehalt weitergegeben ist. Danach habe der deutsche Botschafter eine Inspektionsreise nach den Balkan von Tscharatdshaschne unternommen und dort bezüglich der verschiedenen Wahlen die Verhandlungen des türkischen Kommandanten beobachtet. In deutschen offiziellen Kreisen in Konstantinopel mache man jetzt keinen Hehl mehr daraus, daß der Widerstand der Türken durch Deutschlands Waffenschläge unterdrückt werde. Diese deutschen Waffenschläge hätten angeblich viel zur Lösung der Stimmung in den türkischen Kreisen beigetragen. (Die Lebens dieser Meldungen ist deutlich erkennbar. Die Redaktion.)

Die Verhandlungen unter Kanonen Donner.

(Telegramme unserer Spezial-Korrespondenten.)

P. H. Sofia, 23. November.
Die politischen Kreise zeigen heute wieder feste Entschlossenheit. Die Ansicht, daß ohne einen Eingriff in Konstantinopel ein Friedensschluß nicht zu erwarten sei, tritt als neue hervor. Noch einmal macht die Krone den Versuch, den türkischen Widerstand vollständig zu brechen. Nach dem Erfolg des Bombardements von Adrianopel, das gestern um 5 Uhr nachmittags begann, ist bis zur Stunde nichts bekannt. Es wurde durch einen allgemeinen Aufruf herbeigeführt, den die Türken am Vormittag unternahmen, und sofort eröffnet, als die Türken wieder in die Stellung zurückgezogen waren. Auch bei Tscharatdshaschne soll ein Kampf im Gange sein, während die Unterhändler über den Waffenstillstand beraten. Der Sekretär der griechischen Gesandtschaft in Sofia, Panas, ist bereits nach Tscharatdshaschne abgereist, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Eine der Regierung nahe stehende Persönlichkeit, die bisher eine gemäßigtere Meinung vertrat, sagte mir heute: „Wer es mit der Türkei gut meint, rat ihr zum Nachgeben. Nur so kann sie Konstantinopel und etwas von ihrem Prestige retten. Es ist aber möglich, daß es jetzt schon zu spät ist. Unsere Armee ist ungeduldig und zum Weitergehen entschlossen.“ Das Weiter ist besser geworden, kalt und klar, so daß es die militärischen Operationen erleichtert. Ich glaube noch Informationen, die ich selber nicht weitergeben kann, daß das Ende nahe ist und der Krieg bald beendet sein wird.

Der türkische Sprecher der Abendblätter gegen die Türkei habe ich den Eindruck, daß der Friede bald geschlossen sein wird. Die Cholerazeit von 1828, 1848 und 1857 ist noch im Gedächtnis der Bulgaren, und die Mehrheit der Minister ist bei aller Vertretung der bulgarischen Interessen aus diesem Grunde doch einem Eingriff in Konstantinopel abgeneigt. Man ist überzeugt, daß nach dem Fall Adrianopels die Türkei allen Bedingungen zustimmen müsse. Der Besuch des österreichischen Generalstabes in Berlin erregt hier große Aufmerksamkeit.

Konstantinopel, 23. November.
„Lachrymose“ erklärt, auf Grund sicherer Informationen zu wissen, daß die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen Präliminarfrieden im vorläufigen Geiste geführt werden. Beide Teile bewiesen dem guten Willen, zu einer Einigung zu gelangen. Der englische Botschafter fungierte jetzt als Vermittler. Die Balkanstaaten hätten für den Fall, daß bis Dienstag kein Resultat erzielt sei, mit nachdrücklicher Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gedroht. „Amorcolips“ meldet, es herrsche die Erwartung vor, daß die Balkanstaaten neue Bedingungen gestellt hätten, die den Abschluß eines Waffenstillstandes und Präliminarfriedens ermöglichen.

(Weitere Nachrichten auf Seite 3.)

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 94.

Politische Wochenschau.

Von Paul Michaelis.

Eine der unangenehmsten unter den zwölf schwierigen Arbeiten des Hercules bestand in dem Kampf mit der Hydra, jenem schlangenanartigen Ungeheuer mit hundert Köpfen. Man hatte schon immer den Eindruck, daß, wenn man nach einer anderen Analogie zu jenem Fabeltier suchte, man sie am ehesten in der Balkan-Frage zu finden habe. Sie hat vielleicht noch mehr Köpfe als die Hydra, und wenn ihr der eine oder der andere abgeschlagen wird, dann wachsen nicht bloß zwei, sondern bisweilen gleich ein ganzes Bündel nach. Soweit es sich um die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und ihren vier Widerlächern auf dem Balkan handelt, konnte man im Laufe der letzten Woche in der Hoffnung wiegen, daß ein gewisser Abschluß erreicht und daß auch das Ende des mörderischen Krieges nicht mehr allzu fern sei. Jedemfalls ist es zunächst einmal zu einem Waffenstillstand gekommen, der zwar nur vierundzwanzig Stunden währte, aber wie nach einer stillschweigenden Vereinbarung von einem Tag zum anderen verlängert worden ist. Genügend die Meinungswörterlichkeiten zwischen der Türkei und Bulgarien und den beiderseitigen Unterhändlern sind noch sehr erheblich. Bulgarien forderte nicht viel weniger, als daß die Türkei sich den Eid um den Hals legte und ihrem europäischen Vorgesetzten selbst ein Ende machte. Sie sollte nicht bloß die bisherigen Erfolge der vier Verbündeten anerkennen, sondern auch noch Adrianopel, Janina und Skutari preisgeben, was von ihr recht erheblich besetzte Tscharatdshaschne und ihre Truppen nach Kleinasien zurückziehen. Kurzum, sie sollte den Zustand herstellen, den sie die Balkanstaaten beim Beginn der Feindseligkeiten ertrankt hatten, den sie aber bisher längst nicht selbst verwirklichen konnten.

Daß die türkische Regierung sich auf diese Bedingungen nicht einlassen wollte, verstand sich von selbst, zumal nachdem die Kämpfe auf der dritten Verteidigungslinie geendet hatten, daß die türkische Widerstandslinie gewachsen sei und die bulgarische Stoßkraft nachgelassen habe. So hätten eigentlich von neuem die Kanonen sprechen müssen. Aber König Ferdinand, der nur aus Not zu einem Kriegszustand gezwungen ist, dessen eigentliche Stärke aber auf diplomatischen Gebiet liegt, hat sich gekümmert, lediglich das Signal zu neuen Kämpfen zu geben. Er hat, wenn auch vielleicht nur indirekt, der Türkei zu verstehen gegeben, daß er nicht abgeneigt sei, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen abzugeben. Da sich auch die Türkei sagen muß, daß sie noch ihren letzten Stützpunkt auf europäischem Boden riskiert, wenn sie sich als völlig unanfechtbar zeigt, so wird man die Möglichkeit, daß die weiteren Verhandlungen doch noch zu einem längeren Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Balkanstaaten führen werden, dem dann der Friede auf dem Fuße folgen müßte, nicht völlig von der Hand weisen können.

Auch in dem Verhältnis zwischen Serbien und Österreich-Ungarn erhellt sich der politische Horizont im Laufe der letzten Woche ein wenig. Die sehr zurückhaltende, aber vielleicht gerade deshalb eindrucksvolle Sprache des Grafen Berchtold scheint auf die absehbare ferbische Militärpartei abfälschen genützt zu haben. Während auf der einen Seite Österreich ein Auge zuwenden will, wenn Serbien seine Truppen bis zur Adria vorrückt, hat die serbische Regierung wenigstens in der Angelegenheit des österreichisch-ungarischen Konjuls Prochaska in Preßburg ihre nur aus einem schäblichen Gewissen zu erklärenden Haltung einer Revision unterzogen und in die Reihe des österreichischen Konjuls Prochaska und Preßburg eingewirkt. Offensichtlich ergibt die Prüfung der Situation durch den Konjul Prochaska, daß die Gerüchte über angebliche Verträge gegen das Ministerium, deren die serbische Regierung gegenüber dem Konjul Prochaska beschuldigt wurde, übertrieben haben. Aber selbst wenn sich herausstellen sollte, daß die serbische Regierung sich eines rechtswidrigen Verhaltens schuldig gemacht habe, so wird man erwarten dürfen, daß sie dem ersten Schritt den zweiten folgen lassen und sich zu einer vollen Genugtuung der österreichischen Regierung gegenüber verstehen werde. Soweit darf man immerhin aussprechen, daß der Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn in den letzten Tagen etwas von seiner Schärfe eingebüßt hat. Eine friedliche Verständigung darf als wahrscheinlich erachtet werden, auch wenn sich die Grundfragen auf der sie zu erfolgen hätte, noch nicht deutlich erkennen lassen.

So wäre eine Entspannung auf dem Balkan angebahnt, wenn nicht neue Schwierigkeiten die Lage wieder schlimmer als zuvor komplizierten. Am 15. Oktober, an demselben Tage, an dem der Friede zwischen der Türkei und Italien unterzeichnet wurde, hielt Herr v. Riederlen in der Versammlung der Balkanstaaten eine Rede, in der er seine feste und begründete Überzeugung ausdrückte, daß keiner der bei dem damaligen Banquet vertretenen Staaten in Rücksicht auf die Interessen der Balkanstaaten eine Forderung gestellt werden würde.